

Niederschrift

Stadtrat
Rat/IX/31
Donnerstag, 13.12.2018, 18:08 Uhr
Bürgerhaus, Clubraum 3, 2. Etage,
Am Neumarkt 6, 41564 Kaarst

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 19 der Geschäftsordnung
- 3 Erlass der Haushaltssatzung 2019
Vorlage: IX/2731
 - 3.1 Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 13.12.2018 - Stellenplan
 - 3.2 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung für den barrierefreien Zugang GBG
Vorlage: IX/2856
- 4 Familienhilfeplan 2019
Vorlage: IX/2757
- 5 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Wirtschaftsplan GWK für das Jahr 2019
Vorlage: IX/2832
- 6 Beschlussfassung über das Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 nebst Anhang und Lagebericht, Zuführung des Jahresüberschusses in die Ausgleichsrücklage sowie Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: IX/2719/1

- 7 Anmeldezahlen KiTa-Jahr 2019/2020 – Kurzfristiger Ausbau KiTa-Kapazitäten
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2018 und Antrag der CDU
Fraktion vom 25.11.2018
Vorlage: IX/2846

- 7.1 Kurzfristiger Ausbau KiTa-Kapazitäten; hier: Standortpotenziale
Vorlage: IX/2868

- 8 Bebauungspläne

- 8.1 Bebauungsplan Nr. 54 „Siephütt“ –Kaarst-, 1. Änderung
Abwägung aus der Bürger- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und
§ 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: IX/2775

- 8.2 Bebauungsplan Nr. 54 „Siephütt“ –Kaarst-, 1. Änderung
Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/2777

- 9 Stadtrecht

- 9.1 Erhebung von Straßenreinigungsgebühren im Haushaltsjahr 2019
 - a) Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2017
 - b) Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2019
 - c) Festsetzung der Gebührensätze ab dem 01.01.2019Vorlage: IX/2739

- 9.2 Erhebung von Abfallgebühren im Haushaltsjahr 2019
 - a) Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2017
 - b) Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2019
 - c) Festsetzung der Gebührensätze ab dem 01.01.2019
 - d) Änderungssatzung der Gebührensatzung zur AbfallentsorgungssatzungVorlage: IX/2790

- 9.3 Erhebung von Abwassergebühren im Haushaltsjahr 2019
 - a) Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2017
 - b) Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2019
 - c) Festsetzung der Gebührensätze ab dem 01.01.2019Vorlage: IX/2792

- 9.4 Erhebung von Gebühren für die Entsorgung von Grundstückskläranlagen im Haushaltsjahr 2019
 - a) Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2017
 - b) Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2019
 - c) Festsetzung der Gebührensätze ab dem 01.01.2019Vorlage: IX/2708

- 9.5 Satzungsänderung Wohnanlagen für soziale Zwecke mit Berechnung
Vorlage: IX/2842

- 10 Fachentwicklungsplan Einzelhandel - Fortschreibung 2018 Beschluss der Endfassung
Vorlage: IX/2796

- 11 Standort für eine neue 4-gruppige Kindertageseinrichtung (KITA) im Ortsteil Vorst
Vorlage: IX/2645/2

- 12 Interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kaarst und dem Rhein-Kreis Neuss auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung
Vorlage: IX/2695/1

- 13 Bauliche Qualifikation Gesamtschule-Raumprogramm
Vorlage: IX/2673

- 14 Integrierte Sportentwicklungsplanung für die Stadt Kaarst
Vorlage: IX/2709

- 15 Öffentliche Nutzung von Toiletten in Einzelhandelsgeschäften
Vorlage: IX/2699

- 16 Neu-/Umbesetzungen

- 16.1 FDP-Antrag vom 29.10.2018 zu Besetzungen im Betriebsausschuss
Vorlage: IX/2821

- 16.2 FDP-Antrag vom 12.11.2018 zu Neu-/Umbesetzungen im Schul- und Sozialausschuss
Vorlage: IX/2827

- 16.3 SPD-Antrag vom 13.11.2018 zur Umbesetzung JHA
Vorlage: IX/2826

16.4 SPD-Antrag vom 11.12.2018 - Ergänzung zur Umbesetzung JHA
Vorlage: IX/2865

16.5 SPD-Antrag vom 11.12.2018 - Umbesetzungen
Vorlage: IX/2866

16.6 Antrag AfD/Zentrumsfraktion vom 05.12.2018 - Ausschussbesetzungen
Vorlage: IX/2864

16.7 Umbesetzungs-Antrag UWG vom 12.12.2018
Vorlage: IX/2869

17 Unterrichtung / Anfragen des Ausschusses gem. § 17 der Geschäftsordnung

17.1 Kostenübersicht zur Qualifizierung des Altstandortes Gesamtschule an der
Hubertusstraße
Vorlage: IX/2863

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Dr. Ulrike Nienhaus

CDU-Fraktion

Herr Lars Christoph
Herr Marcel Finger
Frau Nadine Graber
Frau Dilek Haupt
Herr Christian Horn-Heinemann
Herr Mathias John
Herr Heinz Kampermann
Herr Ingo Kotzian
Herr Sven Ladeck
Herr Rainer Milde
Herr Ulrich Orlinski
Herr Dennis Oscheja
Herr Hans-Georg Schell
Herr Volker Schöneberg
Herr Daniel Schröder
Herr Marcel Schulze Bomke - Vossschulte
Herr Stefan Schwengers
Herr Hermann-Josef Sülzenfuß
Herr Theodor Thißen
Frau Brigitta Thönißen
Frau Dagmar Treger
Frau Angelika Zelleröhr

SPD-Fraktion

Frau Monika Hartings
Frau Sabine Kühl
Frau Hildegard Kuhlmeier
Herr Alfred Lempke
Frau Anneli Palmen
Herr Wolfgang Reuter
Frau Anja Weingran
Herr Göran Weißendorf

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Christian Gaumitz
Herr Hans-Joachim Köbis
Frau Claudia Köppe
Frau Anja Latrouite
Frau Irmgard Link-Schnitzler
Frau Marianne Michael-Fränzel

FDP-Fraktion

Frau Ursula Baum
Herr Günter Kopp
Herr Dr. Heinrich Thywissen

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Frau Astrid Werle

UWG-Fraktion

Frau Anja Rüdiger
Herr Rolf-Peter Weyers

FWG-Fraktion

Herr Josef Karis
Herr Hermann Josef Rütten

AfD/Zentrumsfraktion

Herr Christof Rausch

Fraktion Die Linke und Piratenpartei

Herr Eckart Rosemann
Herr Markus Wetzler

fraktionslos

Herr Kocay Ekici
Herr Wilbert Schröder

bis 21:18 Uhr

Von der Verwaltung sind anwesend

Herr EBG Dr. Sebastian Semmler
Frau TBG Sigrid Burkhart
Herr Kämmerer Stefan Meuser
Herr Stephan Adams
Herr Erwin Kronenberg
Herr Peter Böttner
Herr Olaf Kretzschmar
Frau Luisa Schlaghecken

Nicht anwesend:

AfD/Zentrumsfraktion

Herr Christian Otte

Ferner anwesend sind:

zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer
Pressevertreter

Niederschrift

BMin Frau Dr. Ulrike Nienhaus eröffnet um 18:08 Uhr die Sitzung, begrüßt die Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner, und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

BMin Frau Dr. Nienhaus dankt Frau Zelleröhr und Frau Hartings für die Weihnachtssterne auf den Tischen.

I. Öffentlicher Teil

1 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung

BMin Frau Dr. Nienhaus erläutert die Tischvorlage. Sie spricht an, dass außerdem ein aktualisierter Antrag zu TOP 3 von den Fraktionen CDU und FDP vom 13.12.2018 zum Thema „Stellenplan“ vorliegt. Außerdem liege ein Antrag der FDP-Fraktion vom 13.12.2018 vor, den sie vorschlägt zu TOP 18.1 zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Tagesordnung wird in der besprochenen Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

2 Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 19 der Geschäftsordnung

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern gestellt.

3 Erlass der Haushaltssatzung 2019

BMin Frau Dr. Nienhaus stellt dar, welche Unterlagen zur Haushaltsberatung vorliegen und spricht an, dass über die Listen noch zu Ende abzustimmen ist.

RM Palmen erläutert den Antrag der SPD. Dieser sehe vor, dass die bereits vorhandene Stelle für das Sozialamt noch mit Geld hinterlegt wird.

RM Christoph erläutert den Antrag von CDU und FDP vom 13.12.2018 zum Stellenplan.

RM Palmen spricht an, dass beim Antrag der SPD, die Sozialamtsstelle nur mit Geld hinterlegt werden solle, da die Stelle schon vorhanden sei. Sie äußert, dass die SPD in dieser Sitzung nicht über den Stellenplan beschließen möchte. Der Stellenplan sollte zunächst in einer Stellenplankommission besprochen werden und dann am 31.01.2019 ein Beschluss gefasst werden. Sie möchte die Stellen nicht mit einem Sperrvermerk hinterlegen und am 13.12.2018 daher noch keinen Beschluss fassen.

RM Christoph erläutert, warum die Stellen mit einem Sperrvermerk versehen schon jetzt in den Stellenplan bzw. Haushaltsplan sollen. Er führt aus, dass es keine Pflicht sei, die Stellen dann auch zu besetzen.

RM Gaumitz stellt dar, dass er dem Antrag der CDU zustimmen würde. Es sollte intensiv mit den Fraktionen über Stellen gesprochen werden, um diese „abzuholen“. Erst dann

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

sollten die Stellen eingerichtet werden. Er spricht sich für die Stellenplankommission in 2019 aus. Die Einrichtung der Kommission sollte sich auf ein Jahr beschränken.

RM Kopp erläutert, dass er in weiten Teilen mit dem Antrag der CDU übereinstimme und spricht an, dass das eGovernment-Gesetz mitberücksichtigt werden solle.

BMin Frau Dr. Nienhaus erteilt zum Antrag von CDU und FDP vom 13.12.2018 Herrn Adams von der Verwaltung das Wort.

Her Adams erläutert zu Punkt 1 c) des Antrags von CDU und FDP, dass Stellenteilungen nicht immer aufgelöst werden können und führt zum Beispiel KiTa-Beschäftigte aus.

RM Christoph schlägt vor Nummer 1c) zu ergänzen, um einen Klammerzusatz „ausgenommen Kindertagesstätten“. Der modifizierte Antrag zu 1c würde dann wie folgt lauten: „Die Aussage der Verwaltung, zukünftig jede Stelle (ausgenommen Kindertagesstätten) nur noch mit einer Person zu besetzen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen und als verbindliche Bewirtschaftungsregel in den Haushalt aufgenommen.“

RM Wetzler bittet um getrennte Abstimmung zu den Punkten des Antrags.

BMin Frau Dr. Nienhaus schlägt vor den Antrag der SPD und CDU zu verbinden.

RM Palmen erläutert, dass über den Antrag der SPD nicht mit den anderen Punkten abgestimmt werden sollte, da die Sozialamtsstelle bereits vorhanden sei und nur noch mit Geld hinterlegt werden müsse.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt daher einzeln über die noch offenen Punkte der Liste abstimmen.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt zuerst über E-17 abstimmen. Dies betrifft den SPD-Antrag die Stelle im Sozialamt mit finanziellen Mitteln zu hinterlegen.

Beschlussvorschlag:

E-17 der Liste wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt nun über E-34 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

E-34 der Liste wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	
	Stimmen dafür:	47
	Stimmen dagegen:	0
	Stimmenthaltungen:	3

BMin Frau Dr. Nienhaus ruft nun Punkt E-1 auf.

RM Christoph führt dazu aus. Er spricht sich dafür aus, dass die Aufgabe des Projekt-Controlling für Bereich 40 extern vergeben wird, damit die Stelle nicht dauerhaft im

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Haushalt sei und weil seiner Meinung nach ein Externer mehr Fachwissen habe.

Beschlussvorschlag:

E-1 der Liste wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich abgelehnt
	Stimmen dafür:	8
	Stimmen dagegen:	37
	Stimmenthaltungen:	5

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt über den modifizierten Antrag von CDU und FDP vom 13.12.2018 abstimmen, mit dem Klammerzusatz zu 1c), also der Ausnahme der KiTa-Stellen. Aufgrund des Antrages zu getrennter Abstimmung wird zunächst über die modifizierte Ziffer 1 abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

1. Sperrung geplanter und beantragter Stellenplanerweiterungen, Umgang mit Stellenteilungen

a. Die von der Verwaltung geplanten Stellenplanerweiterungen S-1 bis S-10 (Stellen Bereich 01 – Ratsarbeit, Bereich 66 – Baubetriebshof, Poolstelle A 15, Poolstelle A 12, Poolstelle A 8, Bereich 20 – Umsatzsteuer, Bereich 10 – TUIV Digitalisierung, Bereich 32 – Feuerwehr, Bereich 40 – Projektmanagement für die Schulen, Bereich 51 – Eingangsbüro Kitaverwaltung) werden mit einem Sperrvermerk, aufzuheben durch den HWFA, versehen.

b. Die mit den Anträgen E-17 (Bereich 50 – Sozialverwaltung) und E-34 (Bereich 66 – Tiefbauingenieur) beantragten zusätzlichen Stellen werden mit Finanzmitteln im Haushalt 2019 unterlegt und zugleich mit einem Sperrvermerk, aufzuheben durch den HWFA, versehen.

c. Die Aussage der Verwaltung, zukünftig jede Stelle (ausgenommen Kindertagesstätten) nur noch mit einer Person zu besetzen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen und als verbindliche Bewirtschaftungsregel in den Haushalt aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	41
	Stimmen dagegen:	8
	Stimmenthaltungen:	1

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt anschließend über Ziffer 2 des Antrages vom 13.12.2018 von CDU und FDP abstimmen.

Beschlussvorschlag:

2. Einrichtung Stellenplankommission

a. Es wird eine Stellenplankommission als Arbeitskreis nach § 34 der Geschäftsordnung eingerichtet.

b. Aufgabe der Stellenplankommission ist die kontinuierliche Begleitung der Verwaltung bei beabsichtigten strukturellen personalwirtschaftlichen Maßnahmen inkl. des Umgangs mit vakant fallenden Stellen (nicht personell). Zu den nach Ziffer 1 a. und b. gesperrten Stellen erfolgt eine Vorberatung bezüglich deren Freigabe durch den HWFA. Zudem ist die Stellenplankommission regelmäßig über Veränderungen beim Stellenplan zu informieren. Hierzu tritt sie mindestens einmal im Quartal zusammen. In der Stellenplankommission soll zudem der Stellenplan nach Einbringung des Haushaltes vorberaten werden.

c. Die Stellenplankommission setzt sich wie folgt zusammen:

i. Vorsitz: BMin Dr. Ulrike Nienhaus

ii. Ordentliche Mitglieder: je ein Ratsmitglied pro Fraktion (CDU: 3 Ratsmitglieder)

iii. Vertreter: je ein Ratsmitglied pro Fraktion (CDU: 3 Ratsmitglieder)

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich beschlossen
 Stimmen dafür: 47
 Stimmen dagegen: 2
 Stimmenthaltungen: 1

BMin Frau Dr. Nienhaus spricht an, dass die Punkte 1-10 der Haushaltsliste damit erledigt sind.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt über S 11 der Liste abstimmen. Dies betrifft den Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG und Linke/Piraten.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
 Stimmen dafür: 21
 Stimmen dagegen: 29
 Stimmenthaltungen: 0

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt über S 12 der Liste abstimmen und weist darauf hin, dass die Stelle des City-Managers wieder aus dem städtischen Haushalt herausgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich beschlossen
 Stimmen dafür: 45
 Stimmen dagegen: 0
 Stimmenthaltungen: 5

Das Abstimmungsergebnis des HWFA zum Finanzplan, S 13, wird von Herrn Kretzschmar verlesen. Es wurde im HWFA mit S 12 gemeinsam beraten.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt über S 13 – Finanzplan – abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
 Stimmen dafür: 21
 Stimmen dagegen: 24
 Stimmenthaltungen: 5

RM Kopp erläutert F7 der Haushaltsberatungen. Die FDP beantragt damit einen Sperrvermerk für den Kunstrasenplatz.

RM Dr. Thywissen führt dazu weiter aus, dass die Beseitigung der Würmer im Rasen noch nicht besprochen wurde und daher noch kein neuer Rasen verlegt werden sollte und es einen Sperrvermerk geben sollte, bis Experten es geprüft haben. Der Sperrvermerk sollte durch den HWFA aufgehoben werden.

EBG Dr. Semmler spricht an, dass der Sportausschuss und BUNA für die Maßnahme gestimmt haben, nach dem ein Pflegekonzept und detailliertere Kostenberechnung nachgereicht wurden. Einen Sperrvermerk sollte es daher nicht geben.

RM Kotzian erläutert, als Vorsitzender des Sportausschusses, die Beratungen aus dem Sportausschuss zum Pflegekonzept und äußert, dass deswegen ein Sperrvermerk nicht

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

notwendig sei.

RM Dr. Thywissen spricht an, dass er die Prüfung durch einen Experten und einen Sperrvermerk weiterhin für erforderlich hält.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt über F7 – Antrag zum Sperrvermerk – bezüglich dem Kunstrasenplatz abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich abgelehnt
	Stimmen dafür:	5
	Stimmen dagegen:	37
	Stimmenthaltungen:	8

BMin Frau Dr. Nienhaus spricht den Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsbegleitbeschluss zu KiTa-Beiträgen an. Das Thema wurde am Vortag, dem 12.12.2018, im Schulausschuss auf eine gemeinsame Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Schulausschuss im Januar 2019 vertagt.

RM Palmen erläutert den Antrag der als Haushaltsbegleitbeschluss vorliegt und hält den Antrag aufrecht.

RM Christoph merkt an, dass durch den SPD-Antrag die oberen Einkommensschichten stärker belastet werden. Seiner Meinung nach sollen die fachlich zuständigen Ausschüsse vorberaten, wie am Vortag im Schulausschuss besprochen wurde.

RM Wetzler spricht sich dafür aus, bereits jetzt zu beschließen.

EBG Dr. Semmler weist daraufhin, dass das Thema seit Ende der Sommerpause bei der Politik in Bearbeitung sei und die Verwaltung alle Informationen geliefert habe und die Politik sich auf die Sitzung im Januar als gemeinsame Sitzung verständigt hat.

RM Gaumitz ist der Meinung, dass die Entscheidung bei der Politik liege und alle Unterlagen vorliegen.

RM Rüdiger spricht an, dass eine zusätzliche Stufe mit höherem Wert für höhere Einkommen kein Problem sein sollte und die Thematik jetzt abgestimmt werden sollte.

RM Ladeck spricht an, dass die Verwaltung die gewünschten Informationen geliefert habe und der Wunsch aus der Politik kam, andere Berechnungsbeispiele vorzunehmen. Es bestehe weiterhin Beratungsbedarf in der Politik, er sei daher dafür erst im Januar zu beschließen.

RM Baum spricht als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses. Das Thema der Beitragssatzung wurde im JHA sehr intensiv diskutiert. Es solle im Januar endgültig darüber abgestimmt werden. Es sei ein originäres Thema des Jugendhilfeausschusses und sollte daher dort zu Ende besprochen werden.

RM Palmen sagt, dass sie nicht noch länger warten möchte und daher jetzt über den vorliegenden Haushaltsbegleitbeschluss abstimmen möchte.

EBG Dr. Semmler stellt klar, dass auch unterjährig eine Erhöhung der Beiträge möglich sei.

RM Kopp spricht sich dafür aus, dass die Gremien hintereinander abgearbeitet werden sollten, also der Jugendhilfeausschuss zuerst beschließen soll und nicht der Stadtrat. Er sei deshalb dafür, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss und Schulausschuss in gemeinsamer Sitzung am 24.01.2019 beraten und beschlossen wird.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

RM Horn-Heinemann ist dafür die Beschlussfassung auf Januar zu vertagen und führt aus, dass es einen Arbeitskreis für die Beitragssatzung gab, an dem auch Vertreter des Elternbeirates etc. teilgenommen haben. Es wurde seit den Sommermonaten intensiv diskutiert. Es gab dabei unterschiedliche Auffassungen und Meinungen und es wurde viel geändert. Er äußert, dass sie intensiv mit dem Thema beschäftigt seien. Die Kostentabellen durch rechtliche Änderungen allerdings vermutlich nicht mehr aktuell seien. Sie haben das Thema noch nicht abschließend behandelt, die Beschlussfassung sollte daher auf Januar vertagt werden.

RM Gaumitz spricht an, dass seiner Meinung nach alle Unterlagen vorliegen und er möchte, dass bereits jetzt abgestimmt wird, da es bereits ein Jahr weiter in den Beratungen sei.

RM Baum spricht als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses an, dass im Jugendhilfeausschuss klar dafür gestimmt wurde, dass im Januar im Jugendhilfeausschuss die Entscheidung getroffen wird. Sie spricht an, dass über die Höhe von 25.000 Euro schon beschlossen werden könne. Für die zusätzliche Stufe und die 30.000 Euro aber noch Zahlen fehlen. Dies müsse noch im Jugendhilfeausschuss besprochen und beschlossen werden.

RM Christoph spricht an, dass er keine sachliche Notwendigkeit sehe heute darüber zu beschließen. Seiner Meinung nach sollte es in die gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse verwiesen werden.

RM Palmen spricht an, dass jetzt schon Beschluss gefasst werden sollte.

BMin Frau Dr. Nienhaus stellt fest, dass der Antrag der SPD aufrechterhalten wird und ein Vertagungsantrag auf die gemeinsame Sitzung vom Jugendhilfeausschuss und Schulausschuss am 24.01.2019 vorliege.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	vertagt
	Stimmen dafür:	30
	Stimmen dagegen:	18
	Stimmenthaltungen:	2

BMin Frau Dr. Nienhaus führt aus, dass nun über alle Einzelposten abgestimmt worden sei und im Folgenden über die Haushaltssatzung abgestimmt werde.

Kämmerer Meuser erläutert die Änderungen des Beschlusses.

BMin Frau Dr. Nienhaus erläutert, dass die Stellenplankommission beschlossen wurde. Die Fraktionen sollen bis zum 19.12.2018 die Mitglieder für die Stellenplankommission benennen.

BMin Frau Dr. Nienhaus bittet darum die Haushaltsreden an die Verwaltung zu senden, damit diese der Niederschrift als Anlage beigelegt werden können. Bis zum 20.01.2019 nicht zugesendete Haushaltsreden können der Niederschrift nicht beigelegt werden.

RM Christoph hält die Haushaltsrede der CDU-Fraktion.

RM Palmen hält die Haushaltsrede für SPD-Fraktion.

RM Gaumitz hält die Haushaltsrede der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

RM Kopp hält die Haushaltsrede der FDP-Fraktion.

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

RM Rüdiger hält die Haushaltsrede der UWG-Fraktion.

RM Karis hält die Haushaltsrede der FWG-Fraktion.

RM Rausch hält die Haushaltsrede der AfD/Zentrumsfraktion.

RM Wetzler hält die Haushaltsrede der Linksfraktion.

RM Wilbert Schröder äußert sich zum Haushalt als Einzelratsmitglied.

RM Ekici äußert sich zum Haushalt als Einzelratsmitglied.

Beschlussvorschlag:

1. Erlass der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019

Die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan und Anlagen für das Jahr 2019, sowie das Investitionsprogramm 2019 – 2022 und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2020– 2022 werden auf Grundlage des Haushaltsentwurfes, der Änderungsmitteilungen und den angenommenen Änderungsanträgen wie folgt beschlossen:

Haushaltssatzung der Stadt Kaarst für das Haushaltsjahr 2019

Auf Grund der §§ 78 ff Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Zuständigkeitsbereinigungsgesetz vom 23.01.2018 (GV.NRW. S. 90) - SGV. NRW. 2023 hat der Rat der Stadt Kaarst mit Beschluss vom 13.12.2018 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	115.462.521 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	116.936.628 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	105.963.176 EUR
----------------------------------------------------------------------	-----------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	108.793.118 EUR
----------------------------------------------------------------------	-----------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	15.664.009 EUR
------------------------------------------------------------------------------------	----------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	21.807.230 EUR
------------------------------------------------------------------------------------	----------------

festgesetzt.

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird für den Kernhaushalt auf 0 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 48.280.772 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der **Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf 1.474.107 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur **Liquiditätssicherung** aufgenommen werden dürfen, wird auf 20.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 243 v.H.
1.2. für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 440 v.H.

2. Gewerbesteuer

444 v.H.

§ 7

Gemäß § 20 Abs. 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 2005 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 400), wird die Bürgermeisterin ermächtigt, Beamte mit Rückwirkung von höchstens 3 Monaten in die höhere Planstelle einzuweisen, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichwertigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstelle, in die sie eingewiesen werden, besetzbar war.

Soweit Stellen im Stellenplan mit einem kw-Vermerk versehen sind, entfallen diese nach Ausscheiden des Stelleninhabers. Soweit Stellen im Stellenplan mit einem ku-Vermerk versehen sind, werden sie nach Ausscheiden des Stelleninhabers bewertungsgemäß einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe zugeordnet.

Die im Stellenplan ausgewiesenen Beamtenstellen dürfen, soweit das dienstliche Bedürfnis es erfordert, auch mit Tarifbeschäftigten einer vergleichbaren oder niedrigeren Entgeltgruppe besetzt werden. Sofern ein dienstliches Bedürfnis besteht, können ausgewiesene Stellen für Tarifbeschäftigte mit Beamten einer vergleichbaren oder niedrigeren Besoldungsgruppe besetzt werden.

§ 8

Die Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen gemäß § 41 Abs. 1 lit. H) GO NRW wird auf 0 EUR (Gesamtauszahlungsbedarf) festgesetzt.

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

2. Im Haushalt 2019 werden folgende Sperrvermerke angebracht.

Sperrvermerke im Ergebnisplan:

Produkt	Sachkonto	gesperrter Betrag	Freigabe durch
010 020 010	50120000 Stellenplan Ratsarbeit – Bereich 01	52.516 EUR	HWFA
010 060 020	50120000 Stellenplan – Baubetriebshof	47.841 EUR	HWFA
010 080 010	50110000 Stellenplan – Poolstelle h.D. (1/4 Stelle)	16.977 EUR	HWFA
010.080.010	50110000 Stellenplan – Pool Stelle g.D. (1/4 Stelle)	12.409 EUR	HWFA
010 080 010	50110000 Stellenplan – Poolstelle m.D. (1/4 Stelle)	8.677 EUR	HWFA
010 090 010	50110000 Stellenplan Umsatzsteuer – Bereich 20	27.781 EUR	HWFA
010 100 010	50110000 Stellenplan TUIV Digitalisierung – Bereich 10	42.371 EUR	HWFA
020 070 010	50120000 Stellenplan Feuerwehr Brandschutzbedarfsplan – Bereich 32	66.769 EUR	HWFA
030 010 010	50120000 Stellenplan Projektmanagement für Schulen – Bereich 40	68.268 EUR	HWFA
050 010 010	50120000 Aufwendungen für Tarifbedienstete – Bereich Soziales	60.000 EUR	HWFA
050 020 010	52910200 AW Seniorenbeirat	2.500 EUR	HWFA
050 020 010	53182000 AW zur Wohlfahrtspflege (Sozialberatung)	25.000 EUR	HWFA
050 020 010	53182600 Förderung von integrativen Einrichtungen	5.000 EUR	SozA
060 010 010	50120000 Stellenplan – Bereich 51	44.727 EUR	HWFA
110 020 010	53150000 Förderung von zusätzlichem Müllvolumen	10.000 EUR	BUNA
120 010 010	50120000 Stellenplan Tiefbauingenieur – Bereich 66	65.000 EUR	HWFA

Niederschrift
Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Produkt	Sachkonto	gesperrter Betrag	Freigabe durch
120 010 010	52422100 Unterhaltung Radwege	70.000 EUR	BUNA

Sperrvermerke im Finanzplan:

Produkt	Sachkonto	gesperrter Betrag	Freigabe durch
150 020 020	7.20191001 Modernisierung Clubräume	407.102 EUR	HWFA
150 020 020	7.20195101 Neubau Kita Büttgen	4.000.000 EUR	HWFA
150 020 020	7.20194003 Neubau Gesamtschule Büttgen	1.000.000 EUR	HWFA

3. Haushaltsbegleitbeschlüsse 2019

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Erschließungsmöglichkeiten zu dem städtischen Grundstück am Kaarster Bahnhof (Neersenerstr/Büttgenerstr.) zu prüfen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den genossenschaftlichen Wohnungsbau mit entsprechenden Anbietern voranzutreiben.
3. Der HWFA beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie der Förderverein Tuppenhof bei der Sicherung der Grundstücke der Bauerngärten und des Backhauses unterstützt werden kann, damit diese dauerhaft dem Förderverein Tuppenhof zur Nutzung zur Verfügung stehen.
Der HWFA beauftragt die Verwaltung zu prüfen, wo die Schaffung von Parkplätzen für den Tuppenhof möglich ist und mit welchen Kosten dies verbunden wäre, dabei soll auch die Anbindung an das Gelände des Tuppenhofes geprüft werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die im Jahre 2018 begonnenen Arbeiten im Bereich der Wirtschaftsförderung der Stadt Kaarst zur Gewerbegebietsentwicklung und Ansiedlung von Gewerbebetrieben um konkrete Überlegungen zu einem anzusiedelnden Gründer-/Start-up-Zentrum perspektivisch und zukunftsorientiert sinnvoll zu erweitern sind.
Dies insbesondere, um so auch für die anstehende Gewerbegebietsentwicklung eine Neu-Gründungs-Kultur in der Stadt Kaarst zu schaffen und um damit zusätzlich eine innovative aber auch nachhaltige Wirtschafts- und Wachstumsförderung zu betreiben. Dies soll die bisher erfolgten Aktivitäten in der langfristigen Zielerreichung auch öffentlichkeitswirksam und Image schaffend unterstützen. Dieser Prüfauftrag und die daraus resultierenden Ergebnisse sollten dann die Grundlage für weitere Entscheidungen zu diesem Thema bilden. Alle Möglichkeiten der Nutzung von Fördermitteln aus Bund und Land sind dabei in die Überlegungen mit einzubeziehen und ebenso zu prüfen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie das zur Zeit praktizierte Kultur-Abo-Verfahren organisatorisch und damit finanziell optimiert werden kann. Ein entsprechender Alternativ-Vorschlag für ein neues Verfahren sollte Ziel für den Prüfvorschlag sowie für einen neuen Organisationsvorschlag / ein verändertes Ablauf-Verfahren und Finanzierungsmodell sein.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

6. Permanente Berichterstattung über die Kaarster Gewerbegebietsentwicklung
Die Verwaltung wird beauftragt, mindestens zweimal jährlich im HWFA über den aktuellen Stand der Gewerbegebietsentwicklung und deren Sachstand zur Vermarktung einschließlich der geplanten bzw. erfolgten Erschließungsaktivitäten zu berichten. Dies ist und soll eine Grundlage sein, die zur Einschätzung der zeitlichen Vermarktungschancen und -möglichkeiten der Gewerbegebiete dienen bzw. sie erkennbar aufzeigen soll.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, den Arbeitskreis IT neu einzurichten.
8. Die Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Familien mit Kindern zum Bau oder Ersterwerb von selbst genutztem Wohnraum vom 01.01.2009 in der Fassung der Änderung vom 08.07.2010 (siehe Anlage) wird wieder in Kraft gesetzt.
9. Die Verwaltung wird ermuntert, für zukünftige Haushaltsplanungen einen „Haushalt in vereinfachter Darstellung aufzustellen, welcher der interessierten Öffentlichkeit einen einfachen Überblick über die Haushaltslage gestattet.
10. Der HWFA beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der nächsten geeigneten Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges des Bauhofs (bspw. im Einsatzbereich der Friedhöfe), den Einsatz eines Elektrolastenrades zu prüfen und dem BUNA und HWFA zur Beschlussfassung vorzulegen.
11. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Rathaus in Kaarst zu prüfen, wie hoch der Büroraumbedarf im Jahr 2019 und in den Folgejahren ist. Darüber hinaus sollte mit Hilfe eines Belegungsmanagements sondiert werden, inwieweit es möglich ist, den vorhandenen Büroraum im Rathaus durch optimierte Belegung mit Teilzeitkräften und unter Berücksichtigung von Homeoffice-Plätzen so zu gestalten, dass der vorhandene Büroraum insgesamt optimaler genutzt werden kann.
Sollte der vorhandene Büroraum immer noch nicht ausreichen, sollte ebenso geprüft werden, ob, wie und in welchem Umfang die Nutzung der bestehenden Ausbau Reserven des Rathauses Kaarst für eine künftige Schaffung von Büroräumen / Konferenz-Räumen möglich ist und durch ergänzende Baumaßnahmen nutzbar gemacht werden kann.
12. Es wird eine Stellenplankommission als Arbeitskreis nach § 34 der Geschäftsordnung eingerichtet.
Aufgabe der Stellenplankommission ist die kontinuierliche Begleitung der Verwaltung bei beabsichtigten strukturellen personalwirtschaftlichen Maßnahmen inkl. des Umgangs mit vakant fallenden Stellen (nicht personell). Zu den gesperrten Stellen erfolgt eine Vorberatung bezüglich deren Freigabe durch den HWFA. Zudem ist die Stellenplankommission regelmäßig über Veränderungen beim Stellenplan zu informieren. Hierzu tritt sie mindestens einmal im Quartal zusammen. In der Stellenplankommission soll zudem der Stellenplan nach Einbringung des Haushaltes vorberaten werden.
Die Stellenplankommission setzt sich wie folgt zusammen:
 - i. Vorsitz: BM´in Dr. Ulrike Nienhaus
 - ii. Ordentliche Mitglieder: je ein Ratsmitglied pro Fraktion (CDU: 3 Ratsmitglieder)
 - iii. Vertreter: je ein Ratsmitglied pro Fraktion (CDU: 3 Ratsmitglieder)
13. Zukünftig wird im Stellenplan jede Stelle nur noch mit einer Person besetzt. Von dieser Regelung sind die Kindertageseinrichtungen ausgenommen.

4. Beschlussfassung über den Stellenplan 2019

Der Stellenplan 2019 wird mit den Änderungen der Sitzung des Rates 13.12.2018 beschlossen.

5. Kenntnisnahme über die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2022 wird zur Kenntnis genommen.

6. Beschlussfassung über das Investitionsprogramm

Das Investitionsprogramm für die Planung 2019 - 2022 wird in der in der Sitzung des HWFA am 29.11.2018 beschlossenen Form beschlossen.

7. Ergänzung der Bewirtschaftungsregeln

Die Deckungsvermerke unter Ziffer 5 der Bewirtschaftungsregeln werden ergänzt um den folgenden Deckungsvermerk:

- Die Auszahlungsermächtigungen für die investiven Projekte des IEHK werden für gegenseitig Deckungsfähig erklärt.
- Die Aufwandsermächtigungen der konsumtiven Maßnahmen des IEHK werden zugunsten der investiven Projekte des IEHK für einseitig Deckungsfähig erklärt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	30
	Stimmen dagegen:	18
	Stimmenthaltungen:	2

3.1 Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 13.12.2018 - Stellenplan

Der Tagesordnungspunkt 3.1 wird gemeinsam unter Tagesordnungspunkt 3 behandelt und abgestimmt.

3.2 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung für den barrierefreien Zugang GBG

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 79.000 Euro für den barrierefreien Zugang zum Georg-Büchner Gymnasium, sowie den barrierefreien Zugang zum Forum Georg-Büchner Gymnasium.

Die Deckung erfolgt aus nicht in Anspruch genommenen Auszahlungsermächtigungen unter 010 120 020 – 52910000 größere Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

4 Familienhilfeplan 2019

RM Rosemann spricht sich für den Familienhilfeplan und gegen den Antrag aus. Er sei der Meinung, dass eine Offensive für den Familienhilfeplan notwendig sei. Er werde es im Fachausschuss auch nochmal thematisieren.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der in der Anlage beigefügte Familienhilfeplan der Stadt Kaarst wird für das Jahr 2019 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	48
	Stimmen dagegen:	2
	Stimmenthaltungen:	0

5 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Wirtschaftsplan GWK für das Jahr 2019

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Dringlichkeitsentscheidung aus der Sitzung des HWFA am 29.11.2018 zum Wirtschaftsplan, zum Investitionsplan sowie zum Stellenplan 2019 der GWK in Form der 1. Änderungsmitteilung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	47
	Stimmen dagegen:	2
	Stimmenthaltungen:	1

6 Beschlussfassung über das Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 nebst Anhang und Lagebericht, Zuführung des Jahresüberschusses in die Ausgleichsrücklage sowie Entlastung der Bürgermeisterin

Wortmeldungen liegen nicht vor. BMin Frau Dr. Nienhaus ruft daher zur Abstimmung auf und stimmt nicht mit ab.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der vom Kämmerer aufgestellte und von der Bürgermeisterin bestätigte Jahresabschluss zum 31.12.2017 wird nebst Anhang und Lagebericht gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 16.365.691,43 Euro wird gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW der Ausgleichsrücklage zugeführt.
3. Der Bürgermeisterin wird für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	47
	Stimmen dagegen:	2
	Stimmenthaltungen:	0

7 Anmeldezahlen KiTa-Jahr 2019/2020 – Kurzfristiger Ausbau KiTa-Kapazitäten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2018 und Antrag der CDU Fraktion vom 25.11.2018

Die Vorlage und der Beschluss des HWFA vom 29.11.2018 werden zur Kenntnis genommen.

7.1 Kurzfristiger Ausbau KiTa-Kapazitäten; hier: Standortpotenziale

EBG Dr. Semmler führt zur Dringlichkeit der Schaffung von KiTa-Plätzen aus und spricht an, dass dies bereits seit längerem Thema im Jugendhilfeausschuss sei und er gut finde, dass das Thema nun auch generell im Fokus der Politik sei. Er spricht an, dass eine „Turbo-KiTa“ geplant sei. Der Standort sei noch offen, Vorschläge habe die Verwaltung vorgelegt. Gerne könne darüber bereits im Januar in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses beschlossen werden.

RM Baum, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, unterstreicht die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Schaffung von KiTa-Plätzen. Sie erkundigt sich, welcher KiTa-Standort sich am schnellsten realisieren lasse. Sie appelliert an alle, im Januar im Jugendhilfeausschuss darüber abzustimmen.

EBG Dr. Semmler führt aus, dass die Merkmale der Standorte aus der vorgelegten Übersicht hervorgehen.

BMin Frau Dr. Nienhaus erläutert ergänzend die Maßnahmen der Verwaltung bezüglich der Schaffung neuer KiTa-Plätze und führt zum Beispiel die „Turbo-KiTa“ an.

RM Kotzian spricht an, dass die Verwaltung schon viel geschafft habe und dass dies auch Herr Asche aus dem Jugendhilfeausschuss so sehe, der viele KiTas betreibe. RM Kotzian äußert, dass er sich vorstellen könne auch nochmal einen Antrag zu einer weiteren „Turbo-KiTa“ zu stellen.

RM Baum bietet an, die Standorte gemeinsam anzusehen.

RM Weingran spricht an, dass auch in der OGATA großer Platzmangel sei und trägt Zahlen dazu vor.

BMin Frau Dr. Nienhaus bedankt sich für die Wortmeldungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

9.3 Erhebung von Abwassergebühren im Haushaltsjahr 2019

a) Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2017

b) Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2019

c) Festsetzung der Gebührensätze ab dem 01.01.2019

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Stadtrat genehmigt die beigefügte Betriebskostenabrechnung Abwasserbeseitigung für das Haushaltsjahr 2017 (Anlage 2).

2. Der Stadtrat genehmigt die als Anlage 1 vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „Abwasserbeseitigung“ für das Haushaltsjahr 2019.

3. Der Stadtrat beschließt die Gebühren für die Kostenrechnende Einrichtung „Abwasserbeseitigung“ ab dem 01.01.2019 wie folgt festzusetzen:

Gebühr / a	2018	2019	Differenz
a) Gebühr je Kubikmeter Schmutzwasser	2,04 €	2,04 €	0,00 €
b) Gebühr je Quadratmeter anrechenbare befestigte bzw. bebaute Grundstücksfläche	0,76 €	0,76 €	0,00 €

Abstimmungsergebnis: Beschluss: mehrheitlich beschlossen
Stimmen dafür: 47
Stimmen dagegen: 2
Stimmenthaltungen: 0

9.4 Erhebung von Gebühren für die Entsorgung von Grundstückskläranlagen im Haushaltsjahr 2019

a) Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2017

b) Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2019

c) Festsetzung der Gebührensätze ab dem 01.01.2019

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Stadtrat genehmigt die beigefügte Betriebskostenabrechnung „Entsorgung von Grundstückskläranlagen“ für das Haushaltsjahr 2017 in der in Anlage 1 dargestellten Fassung.

2. Der Stadtrat genehmigt die als Anlage 2 vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „Entsorgung von Grundstückskläranlagen“ für das Haushaltsjahr 2019.

3. Der Stadtrat beschließt die Gebühren für die Kostenrechnende Einrichtung „Entsorgung von Grundstückskläranlagen“ ab dem 01.01.2019 wie folgt festzusetzen:

Gebührensatz je Kubikmeter	2018	2019	Differenz
a) für Abwässer insbesondere aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben, wenn der CSB-Wert 2.000 mg/l übersteigt	49,63 €	49,63 €	0,00 €
b) für Abwässer insbesondere aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben, wenn der CSB-Wert bis einschl. 2000 mg/l liegt	21,22 €	21,22 €	0,00 €

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

9.5 Satzungsänderung Wohnanlagen für soziale Zwecke mit Berechnung

EBG Dr. Semmler erläutert die Sitzungsvorlage und geht insbesondere darauf ein, dass im Vergleich zur Vorlage im Sozialausschuss Änderungen in Ziffer 1 und 2 vorgenommen worden sind, sich an der Bedarfsberechnung aber nichts verändert habe.

Wortmeldungen liegen nicht vor, daher wird abgestimmt.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die den **Anlagen B bis E** zu entnehmende Gebührenbedarfsberechnung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die 3. Änderungssatzung über die Unterhaltung und Nutzung der Wohnanlagen für soziale Zwecke für Spätaussiedler, ausländische Flüchtlinge und obdachlos gewordene Personen der Stadt Kaarst vom . .2018 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Beschluss:
 Stimmen dafür: 48
 Stimmen dagegen: 0
 Stimmenthaltungen: 1

10 Fachentwicklungsplan Einzelhandel - Fortschreibung 2018 Beschluss der Endfassung

Wortmeldungen liegen nicht vor. BMin Frau Dr. Nienhaus ruft daher zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Fachentwicklungsplan Einzelhandel – Fortschreibung 2018 wird als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen. Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen.
2. Die modifizierten zentralen Versorgungsbereiche werden entsprechend den im Fachentwicklungsplan dargestellten Abgrenzungen als solche definiert und festgelegt.
3. Durch die aktualisierte Kaarster Liste werden die nahversorgungs- und zentrenrelevanten sowie nicht zentrenrelevanten Sortimente für die Stadt Kaarst festgelegt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss:
 Stimmen dafür: 37
 Stimmen dagegen: 0
 Stimmenthaltungen: 12

11 Standort für eine neue 4-gruppige Kindertageseinrichtung (KITA) im Ortsteil Vorst

Der Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen.

12 Interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kaarst und dem Rhein-Kreis Neuss auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Bezirksregierung wird die Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung, auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gem. § 102 Abs. 2 GO NRW, auf das Rechnungsprüfungsamt des Rhein-Kreis Neuss übertragen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

13 Bauliche Qualifikation Gesamtschule-Raumprogramm

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Das als **Anlage 1** beigefügte Raumprogramm für eine fünfzügige Gesamtschule wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	mehrheitlich beschlossen
	Stimmen dafür:	46
	Stimmen dagegen:	2
	Stimmenthaltungen:	1

14 Integrierte Sportentwicklungsplanung für die Stadt Kaarst

BMin Frau Dr. Nienhaus erläutert, dass der Beschlussvorschlag im Sportausschuss um Nummer 3 erweitert wurde.

Wortmeldungen liegen nicht vor, daher wird der erweiterte Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Die „Integrierte Sportentwicklungsplanung für die Stadt Kaarst“ einschließlich der hierin enthaltenen Handlungsempfehlungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Ablaufkonzept zur Umsetzung der infrastrukturellen Handlungsempfehlungen aufzustellen, unter besonderer Berücksichtigung möglicher Förderprogramme.
3. Der Wunsch des Stadtsportverbandes auf Erhaltung der derzeitigen Sporthallenkapazitäten wird im Rahmen der Planungen zur Umsetzung der Integrierten Sportentwicklungsplanung für die Stadt Kaarst (ISEP) berücksichtigt.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

15 Öffentliche Nutzung von Toiletten in Einzelhandelsgeschäften

Beschlussvorschlag des Seniorenbeirates:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Stadtrat, einen Aufkleber mit dem Titel „Freundliche Toilette“ zu bestellen und an interessierte Geschäftsleute im Kaarster Stadtgebiet, zunächst im Ortsteil Büttgen, zu verteilen.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16 Neu-/Umbesetzungen

16.1 FDP-Antrag vom 29.10.2018 zu Besetzungen im Betriebsausschuss

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der FDP-Fraktion vom 29.10.2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16.2 FDP-Antrag vom 12.11.2018 zu Neu-/Umbesetzungen im Schul- und Sozialausschuss

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der FDP-Fraktion vom 12.11.2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16.3 SPD-Antrag vom 13.11.2018 zur Umbesetzung JHA

RM Christoph erkundigt sich, wer wen vertreten soll.

RM Palmen erläutert den Antrag. Demnach soll Frau Lempke ordentliches Mitglied des JHA werden und Frau Kuhlmeier die Vertretung sein. Herr Wessendorf soll unverändert ordentliches Mitglied bleiben und Herr Palmen die neue Vertretung werden.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16.4 SPD-Antrag vom 11.12.2018 - Ergänzung zur Umbesetzung JHA

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16.5 SPD-Antrag vom 11.12.2018 - Umbesetzungen

BMin Frau Dr. Nienhaus erkundigt sich, ob es unter anderem schon eine Meldung für einen eventuell einzurichtenden Arbeitskreis IT ist.

RM Palmen bestätigt dies.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16.6 Antrag AfD/Zentrumsfraktion vom 05.12.2018 - Ausschussbesetzungen

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der AfD/Zentrumsfraktion vom 05.12.2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

16.7 Umbesetzungs-Antrag UWG vom 12.12.2018

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der UWG-Fraktion vom 12.12.2018 wird zugestimmt.

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2018

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
 Stimmen dafür:
 Stimmen dagegen:
 Stimmenthaltungen:

17 Unterrichtung / Anfragen des Ausschusses gem. § 17 der Geschäftsordnung

BMin Frau Dr. Nienhaus weist daraufhin, dass die Fraktion „DIE LINKE und Piratenpartei“ sich in „Linksfraktion“ umbenannt hat.

17.1 Kostenübersicht zur Qualifizierung des Altstandortes Gesamtschule an der Hubertusstraße

BMin Frau Dr. Nienhaus erläutert die Mitteilungsvorlage.

RM Reuter bittet, dass Mitarbeiter der Verwaltung sich vor Ortsterminen bei den Schulen anmelden.

BMin Frau Dr. Nienhaus nimmt diesen Hinweis auf.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

BMin Frau Dr. Nienhaus schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:46 Uhr und verabschiedet die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Die Bürgermeisterin

Die Schriftführerin

Dr. Ulrike Nienhaus

Schlaghecken